



# »Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe«

**Pressekonferenz**  
**Berlin, 9.11.2006**

**Statement**

**Peter Mucke**

Geschäftsführender Vorstand  
terre des hommes  
Deutschland e.V.

terre des hommes



terre des hommes und die Deutsche Welthungerhilfe veröffentlichen heute zum 14. Mal in Folge seit 1993 den Bericht »Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe«. Er versteht sich als eine kritische Analyse der deutschen Politik gegenüber den Ländern des Südens und konfrontiert Qualität und Quantität der deutschen entwicklungspolitischen Leistungen mit ihren eigenen Ansprüchen und Zielsetzungen.

Die seit fast genau einem Jahr amtierende Bundesregierung hat in ihrer Entwicklungspolitik Kontinuität zur Vorgänger-Regierung gezeigt. Programmatischer Bezugspunkt der deutschen Entwicklungspolitik sind weiterhin die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 mit den dort für das Jahr 2015 formulierten Entwicklungszielen sowie die Beschlüsse der Weltkonferenzen der letzten Jahre. Auch der von der Europäischen Union beschlossene Stufenplan zur verbindlichen Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) wurde von der neuen Regierung bestätigt. Die Bundeskanzlerin hat sich mehrfach dazu bekannt, die deutsche ODA bis 2010 auf 0,51 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens (BNE) und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen. **Tatsächlich ist die öffentliche Entwicklungshilfe Deutschlands auf dem Papier im letzten Jahr drastisch gestiegen.** Sie betrug 9,9 Milliarden US-Dollar gegenüber 7,5 Milliarden im Jahr 2004. **Die deutsche ODA-Quote, der Anteil der Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe am Brutto-Nationaleinkommen, ist auf 0,35 Prozent gestiegen, nachdem sie im Jahr 2004 noch bei 0,28 Prozent lag.**

**Allerdings bedeutet diese deutliche Steigerung der ODA-Mittel nicht, dass im gleichen Umfang tatsächlich Gelder zur Bekämpfung der Armut in den Ländern des Südens und zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele geflossen sind.** Vielmehr resultiert der sprunghafte Anstieg der Zahlen aus **Schuldenerlassen gegenüber dem Irak, Nigeria sowie einer Reihe weiterer hoch verschuldeter armer Länder.** Würde man den Wert der Schuldenerlasse aus den deutschen ODA-Mitteln herausrechnen – was man tun muss, um zu ermitteln, wie viel Geld zur Finanzierung entwicklungspolitischer Programme denn tatsächlich zur Verfügung stand –, kommt man auf eine Summe von 6,3 Milliarden US-Dollar. Das bedeutet: **Ohne die Schuldenerlasse sowie Inflations- und Wechselkurs-bereinigt**



**lag die deutsche ODA um knapp 10 Prozent unter dem Wert des Vorjahres und ist keinesfalls gestiegen. Dies bedeutet, dass faktisch 2005 weniger Mittel an Entwicklungsländer ausgezahlt wurden als im Jahr zuvor.**

Dabei darf keinesfalls bestritten werden, dass Schuldenstreichungen gegenüber hoch verschuldeten Entwicklungsländern dringend erforderlich und entwicklungspolitisch sinnvoll sind. Irreführend ist jedoch die Annahme, dass dieses Geld den betroffenen Ländern wirklich zugute kommt, nur weil es gemäß internationaler Definition als ODA ausgewiesen ist. Der Hinweis, dass durch die Erlasse in den Schuldnerländern zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen und die Schuldenerlasse damit praktisch eine Form von ungebundener Budgethilfe darstellen, trifft nur sehr eingeschränkt zu. Für Länder, die ohnehin keinen Schuldendienst leisten und in ihrem Haushalt entsprechende Ausgaben gar nicht vorgesehen haben, setzt ein Schuldenerlass keine Mittel zur Finanzierung sinnvoller Staatsausgaben frei. Dies gilt beispielsweise für den Irak und für Nigeria. Und auch für die Geber bringt die Aufblähung der ODA durch die Schuldenerlasse Probleme, da es sich dabei um einmalige Leistungen handelt. Im Jahr des Schuldenerlasses steigt die ODA, fällt jedoch bei ansonsten gleich bleibenden Leistungen im Jahr darauf auf den Stand des Vorjahres oder sinkt sogar..

**Kontraproduktiv ist in diesem Zusammenhang auch, dass viele Ausgaben der Geberländer, die den Empfängerländern nicht direkt zugute kommen, als ODA ausgewiesen werden.** Dies gilt besonders für die fragwürdige Praxis der Berechnung von Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern sowie der Kosten für Asylbewerber im ersten Jahr ihres Aufenthaltes – einschließlich der Kosten ihrer eventuellen »Rückführung« im Falle der Ablehnung des Asylantrages. Derartige Ausgaben als ODA-Leistungen der Bundesländer auszuweisen, macht entwicklungspolitisch keinen Sinn! **Wir fordern die Bundesregierung auf, eine Neu-Definition der Kriterien zur Anrechnung öffentlicher Entwicklungshilfe vorzunehmen und derartige Leistungen grundsätzlich nicht auf die ODA anzurechnen.** Einen konkreten Anlass hierfür bietet die Überprüfung der ODA-Kriterien im DAC-Entwicklungsausschuss der OECD im Jahr 2007. **Denn die Definition »öffentliche Entwicklungshilfe« immer großzügiger auszulegen, um**



**positive Zahlen zu produzieren und Entwicklungsziele und quantitative Zielgrößen zu erreichen, schadet der Glaubwürdigkeit der Entwicklungspolitik sowohl gegenüber der eigenen Bevölkerung als auch gegenüber den Menschen in den Ländern des Südens.**

Wichtiger Gradmesser für die tatsächliche Bereitschaft der Bundesregierung, ihre Entwicklungshilfe gemäß den eingegangenen Verpflichtungen zu erhöhen, ist der **Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**. Er sieht für das Jahr 2006 geplante Ausgaben von **4,1 Milliarden Euro** vor, was eine **Erhöhung von 8 Prozent gegenüber dem Ansatz von 2005 wäre**. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2007, den das Bundeskabinett Anfang Juli diesen Jahres verabschiedete, geht von einer Erhöhung auf nun 4,5 Milliarden Euro aus, die weiteren Plan-Vorgaben bis zum Jahr 2010 sehen weitere Steigerungen vor. Dieser Aufwärtstrend ist zweifellos positiv, reich im Vergleich zu den eingegangenen Verpflichtungen des EU-Stufenplanes jedoch nicht aus. Um hier weiteren finanziellen Spielraum zu gewinnen, ist die **Einführung neuer Finanzierungsinstrumente wie eine Flugticketabgabe** zu erwägen. Es ist bedauerlich, dass die Bundesregierung es abgelehnt hat, sich der entsprechenden französischen Initiative anzuschließen. Wir appellieren an die Bundesregierung, diese Aussage noch einmal zu überdenken und im übrigen auch andere Finanzquellen wie die seit langem in der Diskussion befindliche Devisen-Umsatzsteuer in Erwägung zu ziehen. Derartige Einnahmen dürfen dabei nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern dienen, sondern müssen zweckgebunden entwicklungspolitischen Vorhaben zur Bekämpfung der Armut zur Verfügung stehen.

Der Blick auf die **sektorale und regionale Verteilung der Entwicklungshilfegelder** zeigt, dass die Zusagen für den Schwerpunktbereich Bildung mit 3,5 Millionen Euro im Jahr 2006 relativ gering sind. Zwar sind weitere 75 Millionen Euro für die Förderung der Grundbildung vorgesehen, doch insgesamt liegen die geplanten Mittel für den Bildungsbereich damit immer noch unter den Werten der letzten Jahre. Im Bereich der Gesundheitsförderung stagnieren die geplanten Zusagen bei knapp 83 Millionen Euro. Insbesondere die zur Bekämpfung von HIV/AIDS vorgesehenen



Mittel reichen perspektivisch nicht aus, um den auf Deutschland entfallenden Anteil am Finanzbedarf, der nach den Berechnungen von UN-AIDS besteht, zu decken.

Im Hinblick auf die geografische Verteilung der geplanten Entwicklungshilfezusagen sieht die Planung der Bundesregierung für das Jahr 2006 keine substantziellen Veränderungen vor. Unter den zehn Hauptempfängern deutscher Entwicklungshilfeleistungen sind 2006 mit Afghanistan, Jemen und Tansania nur noch drei Länder, die der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) zuzuordnen sind, im Jahr 2005 waren es noch fünf Länder aus dieser Kategorie. Ansonsten blieb die regionale Aufteilung der geplanten Mittel 2006 konstant; den größten einzelnen Regionalanteil hat Afrika südlich der Sahara mit knapp einem Drittel der Mittel.

Im **Jahr 2007** bieten sich der Bundesregierung außerordentliche Gelegenheiten, bei der Bekämpfung der weltweiten Armut und zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele neue politische Initiativen zu ergreifen: Im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland die **Ratspräsidentschaft der Europäischen Union** inne, zudem hat Deutschland den **Vorsitz der G8** mit dem **Gipfeltreffen in Heiligendamm** Anfang Juni 2007. terre des hommes und die Deutsche Welthungerhilfe appellieren an die Bundesregierung, die Chancen zu nutzen und im nächsten Jahr eine »Initiative 2007« zu verabschieden, die vor allem folgende Maßnahmen enthalten sollte:

- Ein verbindlicher nationaler Stufenplan zur Aufstockung der ODA mit klaren Vorgaben bis zum Jahr 2015.
- Die Entscheidung über die Einführung einer Abgabe auf Flugtickets oder vergleichbarer Instrumente, die zweckgebunden zur Finanzierung entwicklungsbezogener Vorhaben eingesetzt werden.
- Im Rahmen der Entwicklungsfinanzierung eine entschiedene Aufstockung und Fokussierung der Entwicklungshilfe auf die Kernbereiche der Millenniumsentwicklungsziele, vor allem die Ernährungssicherung, Bildung und Gesundheit.